



vlbs entsetzt: Viele vorhandene Beförderungsstellen für Fachpraxislehrkräfte nicht besetzt

(Harry Wunschel) Fassungslosigkeit machte sich breit bei Brigitte Defren, Vorsitzende des vlbs-Fachausschusses für Fachpraxislehrkräfte und BVJ, als sie Mitte Juni die Antwort auf ihren Brief an Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig auf ihre Frage nach den derzeit offenen Stellen für Fachlehrkräfte mit beratenden Aufgaben (FlmbA) in den Händen hielt.

„Insgesamt stehen derzeit 28 offene Stellen für Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis mit beratenden Aufgaben (A12 Besoldungsgruppe Landesbesoldung) zur Verfügung“. Dies hatte ihr der kommissarische Abteilungsleiter für berufsbildende Schulen im Bildungsministerium, Stefan Röth, kurz und knapp mitgeteilt.

Im aktuellen Landeshaushalt sind 77,5 Stellen für dieses Beförderungsamts auf Basis eines Stellenkegels von 20 Prozent aufgeführt. Damit sind derzeit

etwa ein Drittel der zur Verfügung stehenden Stellen weder ausgeschrieben noch besetzt.

Der vor diesem Hintergrund immer stärker werdende Ärger der Fachpraxislehrkräfte ist leicht zu verstehen.

Man muss sich nur vor Augen führen, wie Betroffene reagieren würden, wenn an anderer Stelle in den Schulen, der ADD oder im Bildungsministerium etwa ein Drittel der vorhandenen Beförderungsmöglichkeiten nicht genutzt würden.

Wie kann der Dienstherr eine hohe Arbeitsmotivation der betroffenen Lehrkräftegruppe aufrechterhalten, wenn Ihr die vorhandenen Beförderungsmöglichkeiten vorenthalten werden?

Der Ärger der Personalräte ist nicht weniger groß. Schon seit Jahren bekommen diese auf Nachfrage immer nur mitgeteilt, dass es keine oder nur

sehr wenige offene FlmbA-Stellen gibt.

Die Verteilung der offenen Stellen auf die drei ADD-Standorte wurde durch den Brief aus dem Bildungsministerium ebenso bekannt: 8 Stellen in Koblenz, 15 Stellen in Neustadt und 5 Stellen in Trier.

Der vlbs fordert eindringlich: Die 28 offenen Beförderungsstellen für die Fachpraxislehrkräfte müssen so schnell wie möglich ausgeschrieben und besetzt werden.

Wenn die Schulbehörden das Vertrauen der Lehrkräfte für Fachpraxis zurückgewinnen möchten, darf es jetzt zu keinerlei Verzögerungen bei den Stellenbesetzungen kommen.

Auch wenn es ein Kraftakt werden sollte: Bis Ende des laufenden Schuljahres müssen alle 28 Stellen besetzt sein.

In dieser Ausgabe:

vlbs entsetzt: Viele vorhandene Beförderungsstellen für Fachpraxislehrkräfte nicht besetzt

Personalratsschulung zu Eingruppierung, Einstufung und Vertragsabschluss Titelseite

Die berufsbildenden Schulen benötigen dringend zusätzliche Lehrkräfte Seite 30

Neufassung der Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“ Seite 30 und 31

IN KÜRZE Seite 31

Brigitte Fischer als Leiterin der Schulaufsicht in den Ruhestand verabschiedet Seite 31 und 32

Besuch der Karl-Marx-Ausstellung in Trier

Einladung des BV Vorderpfalz und Südwestpfalz Seite 32

Personalratsschulung zu Eingruppierung, Einstufung und Vertragsabschluss

(Andreas Hoffmann) Um den Unterrichtsausfall zu reduzieren haben Schulen die Möglichkeit, Lehrkräfte über PES und im Rahmen von EQUL in befristetem Umfang einzustellen.

Vertreter der Schulleitung schließen diese befristeten Verträge mit den Stellenbewerbern ab. Der ÖPR ist laut LPersVG in der Mitbestimmung und muss seine Zustimmung zum Vertragsabschluss geben. Diese Personalratsschulung behandelt die Themen „Eingruppierung“ und „Einstufung“ von Bewerberinnen und Bewerbern in die Entgeltgruppen und –stufen sowie den Vertragsabschluss (Vertragsbefristung, -unbefristung, Verträge mit und ohne Sachgrund), damit die ÖPR in der Lage sind, Einstellungsverträge selbständig prüfen zu können.

Die Fortbildungsveranstaltung findet am Montag, **17.09.2018**, im **Hildegard Forum** in **Bingen** statt. Als Referent konnte Andreas Winter vom Geschäftsbereich Tarif in der Bundesgeschäftsstelle des dbb in Berlin gewonnen werden. Die ÖPR erhalten Informationen zum Programm und zur Anmeldung.

Die berufsbildenden Schulen benötigen dringend zusätzliche Lehrkräfte

(Harry Wunschel) Zu Beginn dieses Schuljahres werden aufgrund des hohen Unterrichtsausfalls an berufsbildenden Schulen dringend Lehrkräfte mit beruflichen Fächern gesucht.

Derzeit wird die Reduzierung des Unterrichtsausfalls in großen Teilen durch Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen in den berufsbildenden Schulen gestemmt.

Im Durchschnitt leistet jede Kollegin, jeder Kollege, voll- oder teilzeittbeschäftigt, in der Woche fast eine Stunde Mehrarbeit.

Ein Abbau der Überstunden ist bei dem schon seit Jahren bestehenden Mangel an Lehrkräften mit beruflichen Fächern meist nicht möglich, so Harry Wunschel.

Es kann nicht sein, dass die Reduzierung des Unterrichtsausfalls der letzten Jahre größtenteils durch die Mehrarbeit

der Kolleginnen und Kollegen ermöglicht wurde.

Deshalb sind neue Wege zur Lehrkräftegewinnung in den beruflichen Fächern einzuschlagen, so Harry Wunschel.

Eine Möglichkeit, dem Lehrkräftemangel an berufsbildenden Schulen entgegenzuwirken, sieht der vlbs zum Beispiel darin, Quereinsteigern mit Mangelfächern zusätzliche finanzielle Anreize zu gewähren, um so den Umstieg aus der Wirtschaft zu erleichtern.

Es gibt Personen in der freien Wirtschaft oder im Sozialwesen, die sich eine Tätigkeit als Lehrkraft an berufsbildenden Schulen durchaus vorstellen können.

Jedoch ist das schlecht bezahlte zweijährige Referendariat ein finanzielles Nadelöhr, wenn es z.B. darum geht, gleichzeitig eine Familie ernähren zu müssen.

„Wer es mit der Zielsetzung einer besseren Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen ernst meint, der muss auch bereit sein, dafür etwas Geld in die Hand zu nehmen“, stellt Harry Wunschel fest.

Der vlbs fordert die Landesregierung auf, bei allen Problemen mit der Lehrkräftegewinnung für Grund- und Förderschulen, nicht die fehlenden Lehrkräfte mit beruflichen Fächern an den berufsbildenden Schulen aus dem Blick zu verlieren.

Alle Werbemaßnahmen mit Filmen und Broschüren haben bisher nicht geholfen.

Deshalb lautet der Vorschlag des vlbs-Landesvorsitzenden Harry Wunschel, Quereinsteigern mit beruflichen Mangelfächern im Referendariat finanzielle Zulagen zu gewähren. So könne auf diesem Wege die Attraktivität des Lehramts an berufsbildenden Schulen gesteigert werden.

Neufassung der Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“

(Andreas Hoffmann) Am 1. August 2018 trat die Neufassung der Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“ in Kraft.

In seinem Epos-Schreiben an alle staatlichen Schulen und Studienseminare in Rheinland-Pfalz sowie die Schulen in privater Trägerschaft stellte Herr Dr. Thews vom Ministerium für Bildung die wesentlichen Änderungen der Neufassung der Mehrarbeit im Schuldienst gegenüber der alten Verwaltungsvorschrift heraus.

So ist die Anordnung oder Genehmigung von Mehrarbeit für einen längeren Zeitraum (Nummer 1.4.2 der neuen VV) jeweils nur noch für die Dauer eines Schulhalbjahres möglich.

Sofern weiterhin Bedarf besteht, bedarf es einer erneuten Anordnung von Mehrarbeit.

In der alten Fassung war die Anordnung oder Genehmigung von Mehrarbeit für den Zeitraum bis zu einem Schuljahr möglich.

Gemäß Landespersonalvertretungsgesetz (§80 Abs. 2 Nr. 6 LPersVG) bedarf die Anordnung von vorhersehbarer Mehrarbeit der Zustimmung des Örtlichen Personalrates (Nummer 1.4.8 der neuen VV).

Unter „Vorhersehbarer Mehrarbeit“ versteht das LPersVG Mehrarbeit, für deren Anordnung unter Beachtung der personalvertretungsrechtlichen Mindestfrist von 6 Werktagen ein Mitbestimmungsverfahren durchgeführt werden kann.

Zu den Werktagen zählen Samstage, auch wenn an diesen kein Unterricht stattfindet.

Maßgeblich für die Mitbestimmungsfrist ist der Zeitpunkt, zu dem bekannt wird, dass Mehrarbeit erforderlich wird.

Wird z.B. durch Fortbildung einer Lehrkraft Mehrarbeit notwendig, ist dies der Zeitpunkt, zu dem die Schulleitung von der bewilligten Fortbildung Kenntnis erhält.

Auch bei Mehrarbeit, die nicht der formalen Mitbestimmung unterliegt, geht das Ministerium davon aus, dass die ÖPR im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit einbezogen werden.

Überschreitet die Mehrarbeit im Kalendermonat den Schwellenwert von drei Wochenstunden, ist nach der neuen Verwaltungsvorschrift innerhalb eines Jahres für die gesamte in demselben Monat geleistete Mehrarbeit ab der ersten Stunde Dienstbefreiung zu gewähren (Nummer 2.4 der neuen VV). Die alte Verwaltungsvorschrift gab eine Frist von 3 Monaten vor.

Ergänzung: Trotz des Einspruchs der Personalräte bis in die Einigungsstelle hinein: Es müssen jetzt ein Jahr lang ausgefallene Unterrichtsstunden (z. B. bei Klassenfahrten, Entlassung von Klassen) gegengerechnet werden.

Die Jahresfrist beginnt mit dem Ersten des Kalendermonats, der auf die Mehrarbeitsleistung folgt.

IN KÜRZE

(MP) Auszubildende und Berufsfachschüler entscheiden sich immer öfter für einen Auslandsaufenthalt.

Das zeigt die Studie „Auslandsaufenthalte in der Berufsausbildung 2017“. Das zeigt die Studie „Auslandsaufenthalte in der Berufsausbildung 2017“. Im Jahr 2017 haben 5,3 Prozent der Absolventen einer beruflichen Erstausbildung einen Lernaufenthalt im Ausland absolviert. Das sind doppelt so viele wie 2010. Rund 31.000 junge Menschen sammeln pro Jahr im Rahmen ihrer Ausbildung Erfahrung im Ausland. Die Studie zeigt, dass Auszubildende, Unternehmen und Berufsschulen den Nutzen von Auslandsaufenthalten während der Ausbildung einhellig positiv bewerten. Insbesondere persönliche Kompetenzen, wie Motivation und Verantwortungsbereitschaft werden durch Auslandsaufenthalte gefördert, aber auch soziale Kompetenzen, Fremdsprachkenntnisse und berufliche Fertigkeiten werden verbessert. Die Bundesregierung hat sich für die aktuelle Legislaturperiode das Ziel gesetzt, die europäische und internationale Mobilität von Auszubildenden in der beruflichen Bildung auszubauen und besser zu fördern. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt Auslandsaufenthalte während der Berufsausbildung. *Quelle: BMBF, 31.07.2018*

Rheinland-Pfalz hat sich laut INSM-Bildungsmonitor 2018 auf Platz 9 der 16 Bundesländer verbessert.

Die Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) bewertet, inwieweit ein Bundesland Bildungsarmut reduziert, zur Fachkräftesicherung beiträgt und Wachstum fördert. Die Stärken von Rheinland-Pfalz liegen u.a. in den Handlungsfeldern Integration und berufliche Bildung. Beim Ausbildungsstellenangebot schneidet Rheinland-Pfalz nahezu durchschnittlich ab. Im Jahr 2017 standen rechnerisch für 63,2 Prozent der Bevölkerung im entsprechenden Alter betriebliche Ausbildungsstellen zur Verfügung, der Anteil der unversorgten Bewerber lag bei 9,2 Prozent. Der Anteil erfolgreicher Absolventen gemessen an allen Abgängern von Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen war mit 94,8 Prozent der beste Wert aller Bundesländer. Alle Ergebnisse finden Sie unter www.insm-bildungsmonitor.de. *Quelle: INSM, 15.08.2018*

Auch nach Ablauf der Jahresfrist bleibt eine Dienstbefreiung möglich.

Soweit die Gewährung von Dienstbefreiung aus zwingenden Gründen nicht möglich ist, kann stattdessen nach Maßgabe der besoldungsrechtlichen Vorschriften eine Vergütung gezahlt werden. Dies muss die Schulleitung schriftlich in einem

dafür vorgesehenen Formular bestätigen.

Für Mehrarbeit im Rahmen von PES und EQU erfolgt die Erfassung der Mehrarbeitsstunden sowie der Nachweis über ausgeglichene bzw. noch auszugleichende Mehrarbeitsstunden über das PES-Portal, das entsprechend überarbeitet wird.

Brigitte Fischer als Leiterin der Schulaufsicht in den Ruhestand verabschiedet



Bei der Verabschiedung von Brigitte Fischer (2.v.l.), hier mit ihrem Mann (3.v.l.), waren von Seiten des vlbs der Vorsitzende Harry Wunschel, der stellvertretende Vorsitzende Willi Detemple und Heidi Bonni (v.l.n.r.) anwesend.

(MP) Am 10.08.2018 wurde Brigitte Fischer, die Leiterin der Abteilung „Schulen“ bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), im Rahmen einer Feierstunde in den Ruhestand verabschiedet.

Brigitte Fischer war seit 2015 Leiterin der Schulaufsicht und insgesamt mehr als 37 Jahre im Dienst der rheinland-pfälzischen Schulen tätig.

Sie studierte an den Universitäten Göttingen und München Deutsch, Geschichte und Politikwissenschaften für das Lehramt an Gymnasien und ging dann zum Referendariat an die berufsbildende Schule Cochem, an der sie 1981 ihr zweites Staatsexamen für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ablegte.

Dort blieb sie zunächst als Lehrerin und engagierte sich auch in der Personalvertretung. 1993 bis 1996 ge-

hörte sie dem Bezirkspersonalrat Koblenz an und übernahm 1994 den Vorsitz des Gremiums.

1997 wechselte Brigitte Fischer als Referentin in die Schulaufsicht im Referat „Berufsbildende Schulen“ bei der damaligen Bezirksregierung Koblenz.

2001 wurde sie zur Leitenden Regierungsschuldirektorin ernannt. Von 2004 bis Ende 2008 war sie Schulleiterin der BBS Bernkastel-Kues.

Zum Beginn des Jahres 2009 wurde sie Leiterin des Referates „Schulaufsicht, Schulberatung und Schulentwicklung Berufsbildende Schulen“ bei der ADD Trier.

Im November 2012 wurde sie zur Leiterin der Außenstelle Schulaufsicht in Koblenz ernannt. Im Jahr 2015 wurde ihr die Funktion als Leiterin der Abteilung „Schulen“ übertragen.

Dort hatte Brigitte Fischer die Verantwortung für rund 300 Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter in der Verwaltung und für knapp 1.600 Schulen mit 41.000 Lehrkräften sowie mehr als eine halbe Million Schülerinnen und Schüler im Lande.

Dem vlbs gehört Brigitte Fischer seit Beginn ihrer Schullaufbahn an. Auf ihre langjährige Mitgliedschaft angesprochen, sagte sie einmal, dass der vlbs der Verband sei, der sich konstant und konsequent um die Interessen der Kolleginnen und Kollegen mit beruflichen Fächern kümmere und auch die Lehrkräfte mit allgemein bilden Fächern angemessen vertrete.

Im vlbs, in dem sie gewohnt lebhaft und gelegentlich auch kontrovers diskutierte, war sie zunächst im Fachausschuss „Allgemein bildende Fächer“ und arbeitete mit dem damaligen Vorsitzenden Werner Laures und dem ehemaligen Vorsitzenden des Bezirksverbandes Trier, Axel Schumacher, eng zusammen.

Sie engagierte sich auch im Ortsverband Cochem, dessen langjährige Vorsitzende sie war.

Bevor Brigitte Fischer Referatsleiterin BBS bei der ADD Trier wurde,

gründete und leitete sie über Jahre erfolgreich den Fachausschuss „Schulpolitik“ im vlbs.

Darüber hinaus arbeitete Brigitte Fischer auf Kreis- und Bezirksebene im dbb mit. 1994 wurde sie Vorsitzende des Bezirksverbandes Koblenz.

Von September 1995 bis Dezember 1996 war Brigitte Fischer stellvertretende Landesvorsitzende des vlbs.

Der vlbs bedankt sich bei Brigitte Fischer für ihr langjähriges Engagement und wünscht ihr noch viele Jahre bei bester Gesundheit.

Besuch der Karl-Marx-Ausstellung in Trier



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Karl-Marx-Ausstellung vor dem Gebäude des Landesmuseum in Trier.

(MP) Am 24.08.2018 besuchten Mitglieder des vlbs-Landesvorstandes zusammen mit Pensionären sowie einigen Familienangehörigen die Karl-Marx-Ausstellung in Trier.

Im Anschluss an eine intensive Landesvorstandssitzung in der BBS Trier Wirtschaft fand am frühen Abend ein Besuch im Landesmuseum Trier, organisiert vom BV Trier, statt.

Trotz des Radsportereignisses „Deutschlandtour“ fanden sich alle rechtzeitig im Landesmuseum ein und wurden von einer Kuratorin empfangen, die dann persönlich und außerhalb der regulären Öffnungszeiten durch die Ausstellung „Karl Marx 1818-1883 Leben. Werk. Zeit.“ führte.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten den intellektuellen wie auch politischen Werdegang von Marx anhand von zahlreichen Exponaten nachzeichnen.

Zu sehen waren fast 400 Kunstwerke aus ganz Europa, die in einer entsprechenden Inszenierung die wechselvolle Zeit des 19. Jahrhunderts und das Leben von Karl Marx deutlich machten.

Einladung des BV Vorderpfalz und Südwestpfalz

(Ulrich Vogt) Die Bezirksverbände Vorderpfalz und Südwestpfalz laden Sie und Ihre Familienmitglieder herzlich zum Ausflug mit Museumsbesuch und Schifffahrt nach Speyer ein.

Die Veranstaltung findet am Samstag, 22.09.2018, in der Zeit von 11:00 Uhr bis gegen 16.30 Uhr statt. Treffpunkt wird das Historische Museum der Pfalz (Domplatz 4, Speyer) sein.

Auf dem Programm stehen zur Wahl die Sonderausstellung "Valentinian I. und die Pfalz in der Spätantike" inklusive Führung und die Familienausstellung „Das Sams und die Helden der Kinderbücher“ inklusive eines Audioguides. Im Anschluss, um ca. 13:00 Uhr, gibt es ein Picknick im fußläufig erreichbaren Domgarten. Um Beiträge zum Buffett wird herzlich gebeten. Von 15:00 Uhr bis 16:30 Uhr findet dann noch eine kleine Schifffahrt in den Reffenthaler Altrhein statt. Der Schiffsanleger liegt in der Nähe des Domgartens.

Für vlbs-Mitglieder beträgt der Kostenbeitrag 10 €, für Familienmitglieder sind die Kosten (14 € für Kinder, 20 € für Erwachsene) selbst zu übernehmen. Um eine Anmeldung wird gebeten. Wir freuen uns auf einen tollen Ausflug mit Ihnen.

vlbs-aktuell

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705. Webseite: www.vlbs.org

Vorsitzender: Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunschel@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout: Markus Penner, Römerstraße 10, 55411 Bingen, Telefon 06721-400834, Markus.Penner@vlbs.org.

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. – Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Druck: johnen-druck, In der Bornwiese, 54470 Bernkastel-Kues.

vlbs-aktuell erscheint einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.